

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 15.05.2008
	Schriftführung Telefon-Nr. Christian Ruhe 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 24.04.2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:10 Uhr - 21:24 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 20:00 Uhr - 20:05 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 28.02.2008 - öffentlicher Teil**
209/2008
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten**
145/2008
- 6. Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahl der Jugendschöffinnen/Jugendschöffen und der Schöffinnen/Schöffen gem. § 40 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)**
216/2008
- 7. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Verlagerung der Ausländerbehörde**
106/2008

- 8. Gestattungsvertrag der Städte Köln und Bergisch Gladbach über die Vollstreckung auf dem Gebiet der Nachbarstadt**
225/2008
- 15. Einwohnerfragestunde**
244/2008
- 9. Kostenvergleich Sanierung des Hallenbades Stadtmitte/Schulschwimmbad Mohnweg/Neubau eines Schul- und Vereinsschwimmbades**
161/2008
- 10. Vereinsschwimmen in Bergisch Gladbach**
160/2008
- 11. Benutzungsentgelte für Sportanlagen**
151/2008
- 12.1 Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2007**
172/2008
- 12.2 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2008**
227/2008
- 13. Neufassung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten**
170/2008
- 14. Feststellung des Jahresabschlusses 2006 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "StadtGrün Bergisch Gladbach"**
178/2008
- 16. Bebauungsplan Nr. 2449 - Ehemaliges Wachendorff-Gelände -
- Erlass einer Veränderungssperre**
140/2008
- 17. Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4212 - Asselborn -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Städtebaulicher Vertrag
- Beschluss als Satzung**
163/2008
- 18. Bebauungsplan Nr. 5539 - Obereschbach -
- Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung
- Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung
- Beschluss als Satzung**
168/2008
- 19. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 5538 - Meisheide -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss des Durchführungsvertrages
- Beschluss als Satzung**
166/2008

- 20. Satzung über die Festlegung der Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach**
132/2008
- 21. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten**
110/2008
- 22. Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach zum Förderverein GALK e.V.**
176/2008
- 23. Änderung der Zusammensetzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen**
232/2008
- 24. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 24.1 Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses**
hier: Änderung der Besetzung durch den Bund der Pfadfinder
179/2008
- 24.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 27.03.2008 zur Ergänzung der Stellvertreterliste im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**
187/2008
- 24.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.04.2008 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen und bei der Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten**
241/2008
- 24.4 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.04.2008 zur Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr**
270/2008
- 25. Anträge der Fraktionen**
- 25.1 Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 11.03.2008 zur Änderung der Zuständigkeitsordnung**
175/2008
- 25.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Schaffung einer weiteren Stelle im FB 6-611 im Rahmen des Haushalts 2009**
245/2008
- 25.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2008, die Verwaltung zu beauftragen, einen geeigneten Standort für die Feuerwache Bensberg zu untersuchen**
249/2008
- 25.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2008, die Verwaltung möge im Zuge der Neugestaltung Dolmannstraße und dem geplanten Bau einer Terrasse am**

Kahnweiher dem Rat ein Konzept vorschlagen, das sowohl die Beseitigung der stinkenden Kloake an der geplanten Terrasse, als auch die Reaktivierung des Spielplatzes als dringende Sofortmaßnahme sowie die Verbesserung des gesamten Erholungsparks Refrath zum Inhalt hat

250/2008

- 25.5 Antrag der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion zum Programm „Lernen und Arbeiten“ der Volkshochschule der Stadt Bergisch Gladbach**
- 26. Anfragen der Ratsmitglieder**

B **Nicht öffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 28.02.2008 - nicht öffentlicher Teil**
210/2008
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anträge der Fraktionen**
5. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 22. Sitzung des Rates in der siebten Wahlperiode.

Herr Orth stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung haben sich Herr Jung, Herr Reitz (beide CDU-Fraktion), Herr Waldschmidt (SPD-Fraktion), Frau Graner (FDP-Fraktion) und Herr Rosen (Fraktion KIDitiative) entschuldigt.

Herr Orth benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 11.04.2008 mit den dazugehörigen Vorlagen und den bis dahin vorliegenden Beratungsergebnissen aus den Fachausschüssen,
- eine Aktualisierung/Ergänzung der Anlage zur Tagesordnung - übersandt mit Schreiben vom 18.04.2008 - mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des Hauptausschusses sowie des Finanz- und Liegenschaftsausschusses und folgenden Ergänzungen zur Tagesordnung: Antrag der Fraktion KIDitiative auf Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr sowie ergänzender Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage Nr. 241/2008 (TOP A 24.3),
- die modifizierte Vorlage Nr. 160a/2008 (TOP A 10) als Tischvorlage,
- eine Ergänzung zur Vorlage Nr. 166/2008 (TOP A 19) als Tischvorlage und
- die Vorlage Nr. 270/2008 als Tischvorlage.

Herr Orth schlägt vor, den nach Fristablauf eingegangenen Antrag der Fraktion KIDitiative auf Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (Vorlage Nr. 270/2008) als TOP A 24.4 **in die Tagesordnung aufzunehmen**.

Mit diesem Vorschlag zeigen sich die Ratsmitglieder einvernehmlich einverstanden.

Herr Orth bittet die Fraktion KIDitiative, sich zukünftig an die in § 3 Absatz 1 Geschäftsordnung formulierte Antragsfrist zu halten.

Herr Orth erläutert, in der Aktualisierung/Ergänzung der Anlage zur Tagesordnung sei unter den Erläuterungen zu TOP A 11 ein Beratungsergebnis des Finanz- und Liegenschaftsausschusses falsch formuliert worden: Statt „Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss ist in der Sitzung am 17.04.2008 mehrheitlich bei einer Gegenstimme der KIDitiative den Beschlussvorschlägen der Verwaltung gefolgt.“ laute das Beratungsergebnis korrekt: „Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss ist in der Sitzung am 17.04.2008 mehrheitlich bei einer Gegenstimme der KIDitiative den Beschluss-

vorschlägen des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport gefolgt.“.

Der Rat nimmt diese Korrektur zur Kenntnis.

Herr Dr. Fischer erläutert, die FDP-Fraktion stelle im Einvernehmen mit der SPD-Fraktion einen **Dringlichkeitsantrag** zum Thema „Programm Lernen und Arbeiten“. Herr Dr. Miege ergänzt, er habe gerade mit Herrn Dr. Fischer Einvernehmen erzielt, dass der umfangreichere Antrag der SPD-Fraktion zu diesem Thema dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden solle.

Herr Orth führt aus, die Ratsmitglieder seien über das Thema wohl umfänglich informiert und schlägt vor, den Antrag als TOP A 25.5 in die Tagesordnung aufzunehmen. Inhalt des Antrages sei die Fortführung des Angebotes der Volkshochschule Bergisch Gladbach, Jugendlichen den nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen zu ermöglichen. Die Finanzierung dieser Maßnahme, die nicht mit städtischen Mitteln, sondern im Wesentlichen mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit und des Europäischen Sozialfonds erfolge, sei akut gefährdet. Bis zur nächsten Ratssitzung am 24.06.2008 werde höchstwahrscheinlich eine Entscheidung getroffen sein, so dass aus seiner Sicht äußerste Dringlichkeit (§ 12 Absatz 3 Geschäftsordnung i.V.m. § 48 Absatz 1 GO NRW) gegeben sei.

Auch mit diesem Vorschlag zeigen sich die Ratsmitglieder einvernehmlich einverstanden.

Herr Dr. Baeumle-Courth **beantragt** für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage Nr. 163/2008 (TOP A 17) wegen Verfahrensfehlern von der Tagesordnung abzusetzen. Das Verfahren des Satzungsbeschlusses sei im März 2007 mit einem negativen Ratsbeschluss beendet worden. Wenn der Rat das Verfahren erneut aufgreifen wolle, so müsse das Verfahren - wie üblich - mit einem „Aufstellungsbeschluss“ im Planungsausschuss beginnen.

Außerdem sei der Durchführungsvertrag zu Ziffer II. des Beschlussvorschlages der Vorlage Nr. 166/2008 (TOP A 19) im Planungsausschuss nicht beraten worden und könne daher nach der Zuständigkeitsordnung vom Rat heute nicht beschlossen werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **beantrage** daher, auch diesen TOP wegen Verfahrensfehlern von der Tagesordnung abzusetzen bzw. ohne Aussprache an den zuständigen Planungsausschuss zur Beratung zu überweisen.

Herr Orth fragt Herrn Dr. Baeumle-Courth, ob er damit einverstanden sei, beide Anträge gemeinsam zu entscheiden, was von Herrn Dr. Baeumle-Courth verneint wird.

Herr Dr. Kassner fragt den Bürgermeister unter Bezugnahme auf den zweiten Antrag von Herrn Dr. Baeumle-Courth, ob es zutreffe, dass es dem Rat jederzeit gestattet sei, Angelegenheiten, die nicht in den zuständigen Fachausschüssen beraten worden seien, an sich zu ziehen, was von Herrn Orth bejaht wird.

Herr Orth lässt daraufhin über den ersten Antrag von Herrn Dr. Baeumle-Courth abstimmen:

Für den Antrag stimmen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, die Fraktion KIDitiative und die BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und des Bürgermeisters wird der Antrag bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Herr Orth lässt daraufhin über den zweiten Antrag von Herrn Dr. Baeumle-Courth abstimmen:

Für den Antrag stimmen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion KIDitiative, die BfBB-Fraktion und zwei Ratsmitglieder aus den Reihen der SPD-Fraktion. Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der übrigen Mitglieder der SPD-Fraktion und Teilen der FDP-Fraktion wird der Antrag bei einer Enthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

<-@
2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

@-> Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 28.02.2008 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

<-@
3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 28.02.2008 - öffentlicher Teil

@-> Herr Orth verliest die folgende Aktualisierung des Berichtes über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 28.02.2008 - öffentlicher Teil:

**Zu TOP A 20
Bebauungsplan Nr. 3342 - Lohhecke -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
20/2008**

Der Bebauungsplan Lohhecke ist am 19.04.2008 öffentlich bekannt gemacht worden und damit rechtskräftig.

Herr Lang weist darauf hin, dass im Durchführungsbericht zu TOP A 25 der vergangenen Sitzung berichtet werde, alle Anfragen der Ratsmitglieder seien beantwortet worden; dies treffe jedoch auf die Fragen der BfBB-Fraktion unter TOP A 8 der vergangenen Sitzung zum Abwasserwerk, insbesondere auf die Fragen zu „Swap-Geschäften“ - nicht zu.

Herr Orth entgegnet, dies sei eine Frage des Standpunktes. Die Verwaltung werde dem nachgehen und - falls erforderlich - eine schriftliche Beantwortung nachholen.

[Anmerkung der Schriftführung: Aus Sicht der Verwaltung sind die Fragen abschließend und ausführlich in der Sitzung des Rates am 28.02.2008 unter TOP A 8 beantwortet worden. Es wird daher auf die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 28.02.2008 verwiesen.]

Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht und die vorgetragene Aktualisierung zur Kenntnis.

<-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Mitteilung über die Mandatsniederlegung von Frau Magda Ryborsch zum 01.05.2008

Herr Orth berichtet, dass Frau Magda Ryborsch aus gesundheitlichen Gründen ihr Ratsmandat mit Wirkung zum 01.05.2008 niedergelegt habe.

Mehr als 18 Jahre habe Frau Ryborsch dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach angehört und genauso lang die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Vorsitzende geführt. Seit 2003 habe sie sich dabei im halbjährlich mit ihrem Fraktionskollegen Günter Ziffus abgewechselt. Dabei habe Frau Ryborsch ihr Wirken nicht nur in den Schwerpunkten ihrer kommunalpolitischen Arbeit (Verkehr/Planung, Verwaltungsreform, Frauen/Gleichstellung) im Rat und in den Gremien des Rates zur Geltung gebracht. Seit 1989 sei Frau Ryborsch Mitglied des Hauptausschusses gewesen und im Oktober 2004 zur stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses gewählt worden. In den vielen Jahren ihrer Ratstätigkeit sei sie Mitglied im Planungsausschuss, Bau-, Verkehrs- und Werksausschuss, Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr sowie stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss, Kulturausschuss, Tiefbau- und Verkehrsausschuss, Ausschuss für Bildung, Kultur Schule und Sport, Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann und der Besichtigungskommission gewesen. Darüber hinaus habe sie die Interessen der Stadt Bergisch Gladbach in der Mitgliederversammlung des Städtetages NRW, in der Gesellschafterversammlung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, im Aufsichtsrat der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, als stellvertretendes Mitglied des Präsidiums sowie als Mitglied des Gleichstellungsausschusses des Städte- und Gemeindebundes NRW und im Regionalbeirat Bergisch Gladbach der Kreissparkasse Köln vertreten. Zudem habe sich Frau Ryborsch als Mitglied der Landschaftsverbandsversammlung in den dortigen Gremien und Arbeitskreisen engagiert. Völkerverständigung habe für sie auch auf kommunaler Ebene große Bedeutung gehabt. In allen Jahren habe sie deshalb die Pflege städtepartnerschaftlicher Beziehungen unterstützt. Ihr Augenmerk sei dabei stets insbesondere auf die polnische Partnerstadt Pszczyna gerichtet gewesen. Während ihrer Ratstätigkeit habe sie sich mit Überzeugungskraft für die Dinge eingesetzt, die ihr besonders am Herzen lagen. Verantwortungsvoll habe sie stets soziale Aspekte bei Ihrem kommunalpolitischen Handeln berücksichtigt. In der zuweilen sehr intensiven und manchmal vielleicht auch erbitterten politischen Auseinandersetzung habe sie sich Ihren Humor aber nie nehmen lassen. Frau Ryborsch sei eine aufrechte politische Kämpferin für ihre Partei und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zugleich engagierte und kompetente Vertreterin von Bürgerinnen- und Bürgeranliegen im Rat gewesen.

Herr Orth dankt Frau Ryborsch herzlich für ihr außergewöhnliches kommunalpolitisches Engagement zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach und überreicht ihr im Namen des Rates und der Bürgerschaft einen Blumenstrauß.

Mitteilung zur Wahl von Herrn Thomas Muth zum Beigeordneten der Stadt Wolfs-

burg

Herr Orth gratuliert Herrn Muth zu seiner Wahl zum Beigeordneten der Stadt Wolfsburg.

Mitteilung zu den Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln im Bereich der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Orth dankt der Kreissparkasse Köln herzlich für ihre Förderaktivitäten im Bereich der Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von fast 90.000,- EUR im vergangenen Jahr. Das Schreiben der Kreissparkasse Köln werde der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Mitteilung zur nächsten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW für den Regierungsbezirk Köln

Herr Orth berichtet, die nächste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW für den Regierungsbezirk Köln werde am 12.06.2008 (vormittags) in Baesweiler stattfinden. Sobald eine Einladung vorliege, werde diese den Ratsfraktionen zugeleitet.

Der Rat nimmt die Mitteilungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

<-@

5. Kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten

@-> Herr Dr. Miede bittet um Unterstützung des Antrages. Die SPD-Fraktion verstehe den Antrag als Angebot und Möglichkeit für Migrantinnen und Migranten, in Bergisch Gladbach kommunalpolitisch mitzuwirken.

Dies wird von Frau Beisenherz-Galas bekräftigt. Eine Ablehnung des Antrages könnte sich gegenüber den Migrantinnen und Migranten so darstellen, als wolle man ihnen ihre politische Mündigkeit absprechen. Es erschließe sich ihr nicht, dass EU-Bürger an Kommunalwahlen teilnehmen dürften, Personen aus Nicht-EU-Ländern jedoch nicht. Dies müsse dringend korrigiert werden, um den Gedanken an ein „Zwei-Klassen-Wahlrecht“ auf kommunaler Ebene gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Herr Dr. Fischer verliest eine „Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Appell für ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger“, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Mömkes schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Fischer im Wesentlichen an. Das Bundesverfassungsgericht habe festgestellt, dass das Wahlrecht nur dem Deutschen Volke, also nur Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, zustehe. Erst der Maastricht-Vertrag von 1992 habe, auf Gegenseitigkeit beruhend, ausländischen EU-Bürgern das Wahlrecht in den jeweiligen Ländern der Europäischen Gemeinschaft zugestanden. Dies sei eine gute und sehr zu begrüßende Entwicklung. Andere ausländische Mitbürger, die sich in Deutschland niedergelassen und ihren Lebensmit-

telpunkt gefunden haben, seien herzlich eingeladen, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Für die CDU-Fraktion beginne die Integration nicht mit der Verleihung des Wahlrechtes, sondern mit dem gemeinsamen Leben und Gestalten eines Gemeinwesens vor Ort.

Auch Herr Schütz schließt sich diesen Ausführungen im Wesentlichen an. In seiner Rechtsprechung habe das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe und eben nicht von der Bevölkerung. Dies werde auch in der Vorlage von der Verwaltung zitiert; die Verwaltung komme dann jedoch zu dem Schluss, dass diese Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes nach der Einführung des Kommunalwahlrechtes für EU-Bürger „obsolet“ sei. Jedoch entscheide in Deutschland nicht die Verwaltung der Stadt Bergisch Gladbach über Angelegenheiten der Verfassung, sondern das Bundesverfassungsgericht. Die Stadtverwaltung sei an Recht und Gesetz gebunden, wozu auch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zählen würden. Solange dieses - wie im vorliegenden Falle - nicht anders entschieden habe, gelte die bisherige Rechtsprechung fort. Zudem kritisiert Herr Schütz die Formulierung auf Seite zwei der Vorlage („sofern sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht annehmen können oder wollen“). Es sei nicht einzusehen, dass Migrantinnen und Migranten gegebenenfalls die deutsche Staatsangehörigkeit ablehnen, jedoch gleichzeitig das Kommunalwahlrecht für sich einfordern würden. Wer Rechte in Anspruch nehmen wolle, müsse auch bereit sein, Pflichten zu erfüllen.

Herr Orth entgegnet, es handele sich vorliegend nicht um eine Vorlage der Verwaltung, sondern um einen vom Integrationsbeirat zur Entscheidung vorgelegten Antrag.

Herr Nagelschmidt erläutert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten entsprechende Anträge „landauf, landab“ gestellt; die zu verabschiedende Resolution würde durch die Landesgeschäftsstelle an die Ortsverbände herausgegeben und dann in den jeweiligen Stadträten diskutiert. Er stelle es in Frage, ob es sinnvoll sei, den Rat der Stadt Bergisch Gladbach mit derartigen Resolutionen zu beschäftigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN solle sich mit derartigen Anliegen auf der zuständigen Landes- und Bundesebene engagieren.

Herr Dr. Baeumle-Courth entgegnet auf die Argumente der FDP-Fraktion, dass auch bei den Deutschen „Kenntnisse der deutschen Sprache und der deutschen Gesetze nicht unbedingt weit verbreitet“ seien. Es dürfe nicht der Fehler begangen werden, einzelne Menschen mit ihren Herkunftsländern „in einen Topf zu werfen“. Es werfe „kein sehr gutes und motivierendes Licht“ auf die ablehnende Auffassung, wenn bereits die „kleinste politische Partizipation“, nämlich das kommunale Wahlrecht, „abgeblockt“ würde.

Es gehe heute um einen Appell und es liege wahrscheinlich ein wenig in der Tradition von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass manche politischen Bewegungen „von unten kämen“. In einer Zeit, in der Landesgrenzen immer weniger wichtig würden, sollte regional und kommunal alles auf den Weg gebracht werden, um demokratische Grundprinzipien bei allen Mitmenschen zu fördern.

Herr Schneeloch kritisiert die Äußerung von Herrn Mömkes. Die Verfassungsgerichte würden sich mit Verfassungsrecht sowohl des Bundes, als auch der Länder beschäftigen und hätten keine anderen Kompetenzen. Das Kommunalwahlgesetz sei ein einfaches Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen und könne jederzeit vom Landesgesetzgeber geändert werden. Dies habe „mit Verfassungsrecht nichts zu tun“.

Frau Schöttler-Fuchs spricht sich ebenfalls für den Antrag aus; es müsse alles für die Integration und für demokratisches Handeln getan werden. Die Diskussion im Hauptausschuss habe „bestimmte Haltungen gezeigt, die sie sehr nachdenklich gestimmt“ hätten. So habe man auch in der letzten Woche aus den Medien erfahren können, dass Schülerinnen und Schüler der neunten Klasse gefragt worden seien, wie sie zu Integration stünden und welche Haltung sie gegenüber Ausländern hätten. Diese hätten zum Teil geantwortet, „es würden zu viele bei uns leben“.

Herr Mömkes entgegnet, die Verleihung des Kommunalwahlrechtes an Personen aus Nicht-EU-Ländern sei nicht die „erste kleine Partizipation“, um Integration zu bewirken. Integration beginne in Deutschland seines Erachtens vielmehr mit der Einladung, der Beteiligung und den Mitspracherechten in Gemeinschaften, Gruppierungen und Vereinen. Über die Verleihung von Bürgerrechten entscheide nicht die Kommune, sondern das Land bzw. der Bund. Der Rat solle sich auf seinen Zuständigkeitsbereich beschränken.

Herr Dr. Steffen führt aus, Integration sei ein zweiseitiger Vorgang. Man müsse auf die Migrantinnen und Migranten zugehen, damit diese das Gefühl hätten, ebenfalls „Bergisch Gladbacher“ zu sein.

Herr Pütz erläutert, es gehe vorliegend nicht nur um Integration, sondern auch um Demokratie. Wer demokratische Strukturen fördern und verbreiten wolle, dürfe nicht sagen, dass „Demokratie bei einer fehlenden Staatsbürgerschaft aufhöre“. Gerade auf kommunaler Ebene müsse man dieses Zeichen der demokratischen Beteiligung setzen.

Herr Orth lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag des Integrationsbeirates abstimmen:

Für den Beschlussvorschlag stimmen die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Bürgermeister (insgesamt 26 Ja-Stimmen). Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion, Teilen der FDP-Fraktion und Teilen der Fraktion KIDitiative (insgesamt 27 Nein-Stimmen) wird der Antrag bei Enthaltung der BfBB-Fraktion, zwei Enthaltungen aus den Reihen der FDP-Fraktion und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDitiative mehrheitlich abgelehnt.

<-@
6. Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahl der Jugendschöffen/Jugendschöffen und der Schöffinnen/Schöffen gem. § 40 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

@-> Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach unterbreitet dem Kreistag des Rheinisch Bergischen Kreises Herrn Josef Willnecker, Frau Petra Holtzmann, Herrn Klaus Waldschmidt, Frau Anne Kreft, Frau Renate Beisenherz-Galas und Frau Renate Schmidt-Bolzmann als Vorschlag für die Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahl der Jugendschöffinnen/Jugendschöffen und der Schöffin-

nen/Schöffen gem. § 40 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG).

<-@

7. **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Verlagerung der Ausländerbehörde**

@-> Herr Lang erläutert, die BfBB-Fraktion sei dafür, dass Kosten gesenkt würden, und dies könnte durch die Verlagerung der Ausländerbehörde erreicht werden. Anstatt dem Kreis die Personalkosten zu erstatten, wäre es besser, mit dem Kreis über eine entsprechende Änderung der Kreisumlage zu diskutieren.

Herr Orth erläutert, dies sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Herr Mumdey ergänzt, wenn die Erstattung über die Kreisumlage erfolgen sollte, müssten die anderen kreisangehörigen Kommunen mitzahlen, obwohl sie dazu nicht verpflichtet seien. Eine solche Zustimmung wäre nicht zu erreichen.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> **Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird die Stadt die Aufgaben der Ausländerbehörde auf den Rheinisch-Bergischen Kreis übertragen. Dem der Vorlage beigelegten Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis wird zugestimmt.**

<-@

8. **Gestattungsvertrag der Städte Köln und Bergisch Gladbach über die Vollstreckung auf dem Gebiet der Nachbarstadt**

@-> Herr Lang fragt sich, ob der vorliegende Gestattungsvertrag der erste Schritt einer „Eingemeindung“ der Stadt Bergisch Gladbach durch die Stadt Köln sei. Der Stellungnahme des Bürgermeisters, dass sich die gleiche Anzahl an Ersuchen - nämlich jeweils 800 - auf jeder Seite gegenüber stehen würde, könne er keinen Glauben schenken; die Kölner müssten in Bergisch Gladbach „eigentlich mehr kassieren“. Er bitte darum, zu überlegen, ob die Stadt Bergisch Gladbach den Wünschen der Stadt Köln nicht zu schnell nachgebe.

Herr Mumdey entgegnet, die Stadt Köln habe Forderungen gegenüber Bergisch Gladbacher Bürgern und die Stadt Bergisch Gladbach habe Forderungen gegenüber Kölner Bürgern (z.B. Bußgelder aus Parkverstößen). Normalerweise müsse nun „jeder die Vollstreckung des jeweils anderen erledigen“. Da die Stadt Bergisch Gladbach in Folge des Nothaushaltes an verschiedenen Stellen im Personalbereich „nicht gerade üppig besetzt“ sei, habe man sich auf den vorliegenden Vertragsentwurf geeinigt. So könnten beide Städte ihre Forderungen auch auf dem Gebiet der jeweils anderen Stadt mit eigenem Personal vollstrecken.

Herr Schütz unterstützt die Aussage von Herrn Lang. Der Rat mache sich nicht beliebt bei den eigenen Bürgern, wenn man es den „Kölner Raubrittern“ gestatte, Gladbacher Bürger „zu schröpfen“. Die Kölner Kassenlage sei dermaßen desolat, dass man dort „nach jedem Strohalm greife, um noch einen Pfennig eintreiben zu können“. So seien in Köln auch Umweltzone und Zweitwohnsitzsteuer eingeführt worden. Er sei daher gegen den Abschluss des Gestattungsvertrages.

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion zum Beschlussvorschlag. Die FDP-Fraktion setze sich immer für Verwaltungsvereinfachung ein.

Herr Lang entgegnet, es sei wohl keine Verwaltungsvereinfachung, wenn Bedienstete der Stadt Köln nach Bergisch Gladbach fahren müssten, um Forderungen zu vollstrecken. Zudem sei es für ihn kein Argument für den Abschluss des Vertrages, dass dadurch die Kölner zufrieden gestellt würden.

Herr Mumdey erläutert, die Vereinfachung liege darin, dass es Beamte der Stadt Köln gebe, die in Bergisch Gladbach wohnen würden.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Fraktion KIDinitiative und gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> **Die Verwaltung wird ermächtigt, den beigefügten Gestattungsvertrag zwischen den Städten Köln und Bergisch Gladbach über die Vollstreckung auf dem Gebiet der Nachbarstadt abzuschließen und die dafür notwendigen Schritte nach dem Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit durchzuführen.**

<-@

15. Einwohnerfragestunde

@-> Fragen von Herrn Klaus Hoffmann zu den finanziellen Auswirkungen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für die Stadt Bergisch Gladbach

Herr Orth verliest und beantwortet folgende Fragen von Herrn Hoffmann:

1. Vor einigen Tagen haben sich die Tarifparteien im öffentlichen Dienst auf eine fünfprozentige Lohnerhöhung geeinigt. Weil die Stadt Bergisch Gladbach im VKA Mitglied ist, muss sie diese Tarifierhöhung übernehmen. Welche zusätzlichen Kosten entstehen der Stadt Bergisch Gladbach durch diese Lohn- und Gehaltserhöhung?
2. Was zahlt die Stadt Bergisch Gladbach jährlich für die VKA-Mitgliedschaft?
3. Müssen nun die Gebühren und Steuern in Bergisch Gladbach erhöht werden?
4. Welchen Einfluss hat die Stadt Bergisch Gladbach bei den Tarifverhandlungen?

Antwort des Bürgermeisters zu 1.:

„Durch die Übernahme des Tarifabschlusses, zu der die Stadt verpflichtet ist, entsteht im Jahr 2008 ein höherer Personalaufwand von voraussichtlich rund 1,7 Mio. EUR sowie für 2009 von voraussichtlich weiteren 1,2 Mio. EUR.“

Antwort des Bürgermeisters zu 2.:

„Der Beitrag beträgt zur Zeit 3.650,- EUR.“

Antwort des Bürgermeisters zu 3.:

„Generell muss man sagen, dass die Stadt sich bereits seit Jahren erfolgreich bemüht, durch personalwirtschaftliche Maßnahmen den Personalaufwand im Griff zu behalten. Dies wird auch im laufenden Jahr fortgesetzt. Was den Haushalt 2008 angeht: Da gibt es neben den Mehraufwendungen auch entlastende Faktoren. Ich gehe daher zurzeit nicht von der Notwendigkeit von Steuererhöhungen aus. Die Stadt ist allerdings

aus rechtlichen Gründen gehalten, den Personalaufwand in die Kalkulation ihrer Gebühren einzubeziehen.“

Antwort des Bürgermeisters zu 4.:

„Die Stadt ist eines von vielen Mitgliedern des VKA. Das Stimmrecht richtet sich nach der Größenordnung der einzelnen Mitgliedskommunen. Von da her hat die Stadt keinen sonderlich großen Einfluss auf das Ergebnis des Tarifabschlusses, den die Vertreter von Kommunen und hier insbesondere des Bundes mit der Gewerkschaft aushandeln. Die jeweiligen Verhandlungsführer haben einen begrenzten Ermessensspielraum. Ihr Ergebnis ist von einer Kommission zu bestätigen, deren Mitglieder von der Stadt mit gewählt werden, in der die Stadt selbst aber bislang nicht vertreten ist.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Fragen von Herrn Lars Drecker zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Meisheide

Herr Drecker stellt folgende Fragen:

1. Frage:

„Innerhalb kürzester Zeit wurden in Moitzfeld über 550 Unterschriften gegen den Bau des Porsche-Zentrums in der Meisheide gesammelt. Warum soll die Entscheidung für das Porsche-Zentrum gegen eine so große Anzahl von Bürgerinnen/Bürgern bzw. Wählerinnen/Wähler mit so übertriebener Hast durchgesetzt werden?“

Antwort des Ersten Beigeordneten zu 1.:

„Zum zeitlichen Ablauf der Planung: Es ist richtig, dass das Verfahren sehr rasch durchgeführt worden ist. Es ist aber festzustellen, dass alle Zeitvorgaben und Beteiligungspflichten des Baugesetzbuches eingehalten worden sind.“

2. Frage:

„Derzeit wird im Rahmen der Arbeiten auf der Friedrich-Ebert-Straße eine Ampelanlage auch für die Meisheide betrieben. In den vergangenen Tagen waren das Verkehrs-Chaos bzw. die Rückstaus auf der Friedrich-Ebert-Straße bereits so groß, dass die Polizei die Verkehrsregelung übernehmen musste. Haben sich der Bürgermeister bzw. die Ratsmitglieder tatsächlich praxisnah darüber informiert, welche zusätzliche Stau-Belastung auf die Friedrich-Ebert-Straße zukommen wird, wenn der Berufsverkehr zukünftig zusätzlich für den aus der Meisheide kommenden und den in die Meisheide einfahrenden Verkehr anhalten muss?“

Antwort des Ersten Beigeordneten zu 2.:

„Der Landesbetrieb Straßen NRW erneuert zurzeit die Oberfläche der Friedrich-Ebert-Straße. Hierdurch entstehen Verkehrsbeeinträchtigungen, die zwar nicht erfreulich, aber wohl auch nicht vermeidbar sind. In diesem Rahmen wird auch eine Aufweitung im Kreuzungsbereich Meisheide vorgenommen. Die Ampelanlage wird erst errichtet, wenn alle für das Projekt Meisheide erforderlichen Entscheidungen getroffen sind. Es werden lediglich vorsorglich Leerrohre installiert. Die heute in der Friedrich-Ebert-Straße vorhandenen Fahrspuren bleiben in Zahl und Länge erhalten. Im Bereich der Einmündung Meisheide tritt lediglich eine zusätzliche Linksabbiegespur, die generell zu einer Entzerrung des Verkehrs führt, hinzu. Da die zusätzlichen Fahrten durch den geplanten Gewerbebetrieb allenfalls 1% des Gesamtverkehrsaufkom-

mens auf dieser Straße ausmachen, werden daraus resultierende Verkehrsstörungen nach Abschluss der Straßenbauarbeiten nicht eintreten. In diesem Zusammenhang noch der Hinweis, dass die Ampelanlage Meisheide mit den Ampelanlagen im Bereich des Technologieparks schaltungstechnisch synchronisiert wird.“

Herr Drecker stellt folgende Zusatzfrage:

„Laut Auskunft des Landesbetriebes Straßen.NRW hat die Kamps-Gruppe in Form einer Kostenübernahmeerklärung den Landesbetrieb beauftragt, eine Straßenerweiterung für den geplanten Bau des Porsche-Zentrums vorzunehmen. Dieser Bauabschnitt ist bereits weit fortgeschritten. Für die Bürgerinnen/Bürger entsteht der Eindruck, dass jeder den Landesbetrieb mit dem Bau einer privaten Straße beauftragen kann. Auf welcher Rechtsgrundlage wird die Straßenbaumaßnahme im Auftrag eines Investors durchgeführt, ohne dass dazu ein Ratsbeschluss vorliegt? Wurde der Rat hier übergangen?“

Antwort des Ersten Beigeordneten:

„Die Stadt Bergisch Gladbach ist nicht Baulastträgerin dieser Straße. Insofern sind Entscheidungen darüber, was auf dieser Straße passiert, nicht im Rat der Stadt, sondern durch die zuständigen Dienststellen des Landes, hier durch den Landesbetrieb Straßen.NRW, zu treffen.“

Weitere Zusatzfragen werden nicht gestellt.

<-@

9. **Kostenvergleich Sanierung des Hallenbades Stadtmitte/Schulschwimmbad Mohnweg/Neubau eines Schul- und Vereinsschwimmbades**

@-> Herr Orth erläutert, dass der Beschlussvorschlag des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport unter Ziffer 2. modifiziert werden müsse. Er schlägt folgende Formulierung vor:

„Die städtischen Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien der Bäder GmbH werden angewiesen, auf eine rasche Sanierung des Hans-Zanders-Bades hinzuwirken.“

Herr Dr. Kassner entgegnet, dass nur der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bäder GmbH - also der Bürgermeister als alleiniges Mitglied der Gesellschafterversammlung - angewiesen werden könne, entsprechend zu handeln. Dies treffe auf die Mitglieder des Aufsichtsrates nicht zu.

Herr Orth schlägt daraufhin folgende Formulierung vor:

„Der Bürgermeister wird als Mitglied der Gesellschafterversammlung der Bäder GmbH angewiesen, auf eine rasche Sanierung des Hans-Zanders-Bades hinzuwirken.“

Herr Dr. Fischer fragt, ob es zutrefte, dass das Einvernehmen, das zu TOP A 10 zwischen Bürgermeister und Schwimmvereinen getroffen wurde, auch einschließe, dass die Vereine mit der unter TOP A 9 dargestellten Konzipierung der Bäder einverstanden seien.

Herr Orth antwortet, dass dies zwar grundsätzlich richtig sei und diesbezüglich keine

Probleme bestünden. „Einvernehmen“ bedeute jedoch nicht unbedingt, dass alle Beteiligten zu 100% zufrieden seien, sondern eher, dass ein notwendiger Kompromiss geschlossen wurde.

Herr Kamp fragt, ob die Sanierung auch vorgenommen werde, wenn sich die Kosten im Vergleich zur Kostenprognose als erheblich höher darstellen würden. So sei die Sanierung der Wilhelm-Wagener-Schule wegen „eines Fehlers“ zurückgestellt worden, solle jedoch aus seiner Sicht dringend vorgenommen werden.

Herr Orth entgegnet, die Verwaltung habe noch vor kurzem erneut eine Kostenfeststellung vornehmen lassen. Dies sei auch Gegenstand der Haushaltsberatungen gewesen. Im Haushalt 2008 würden bereits erste Mittel berücksichtigt. Die Verwaltung werde alles daran setzen, die Maßnahme so rasch wie möglich umzusetzen.

Herr Kamp erläutert ergänzend, in 2004 seien ca. 2,4 Mio. EUR, nun jedoch nur ca. 1 Mio. EUR für die Sanierung des Schulhallenbades Mohnweg prognostiziert worden. Er fragt, ob nur das Bad oder „der ganze Komplex“ saniert werde.

Herr Dr. Speer antwortet, damals seien die notwendigen Sanierungskosten für die Turnhalle, für die Heizungsanlage des Gesamtkomplexes und für das Schwimmbad gemeinsam ermittelt worden. Vorliegend handele es sich um eine Prognose der Kosten der Sanierung des Schwimmbades.

Herr Orth entgegnet gegenüber Herrn Kamp, derartige fachliche Details würden üblicherweise in den zuständigen Fachausschüssen diskutiert.

Herr Schütz fragt, ob der Verwaltung eine Berechnung der Kosten des Neubaus eines Schwimmbades durch den Vorsitzenden des SV Bergisch Gladbach, Herrn Hahn, vorliege. Dieser habe bekanntermaßen behauptet, „der Neubau eines Schwimmbades sei günstiger und er könne dies jedem vorrechnen“.

Dies wird von Herrn Orth verneint.

Herr Rickes erläutert, die Vorlage stelle die Kosten nicht vollständig dar. Insbesondere sei keine Betrachtung der Kosten über die Laufzeit des Projektes vorgenommen worden. Damit würde den Ratsmitgliedern keine vollständige Kostenabschätzung für ihre Entscheidung vorliegen. Er habe dem Beschlussvorschlag in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses deshalb nicht zugestimmt.

Herr Muth antwortet, die Verwaltung habe vor dem Erstellen einer Investitionsrechnung zunächst die steuerrechtliche Frage klären müssen, ob die Umsatzsteuer als Kostenposition berücksichtigt werden müsse oder nicht. In der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses sei darüber auf Initiative der CDU-Fraktion diskutiert worden.

Die Verwaltung sei heute zu dem Ergebnis gekommen, dass es nur dann einen Vorsteuerabzug gäbe, wenn man zu einem Betrieb gewerblicher Art tendieren würde. Aus Sicht der Verwaltung treffe dies jedoch nicht zu; in der kurzen Zeit habe man nunmehr aber keine investitionstheoretische Betrachtung vornehmen können.

Herr Dr. Mieke erläutert, alle heute diskutierten Fragen seien in den Fachausschüssen ausführlich behandelt worden. Er wundere sich, dass die Mitglieder einiger Fraktio-

nen nicht in der Lage seien, sich bei ihren Fraktionskollegen über die Beratungsergebnisse und Entscheidungen der Fachausschüsse zu informieren.

Herr Mömkes schließt sich der Kritik von Herrn Dr. Miede an, die dieser zu Recht auch schon mehrfach an anderer Stelle im Rat eingebracht habe.
Die CDU-Fraktion sei froh, heute endlich eine Richtungsentscheidung für die Zukunft des Hans-Zanders-Bades und des Schulschwimmbades Mohnweg treffen zu können.

Dies wird auch von Herrn Hoffstadt für die SPD-Fraktion bestätigt.

Herr Lang entgegnet, die Entscheidungen würden im Rat getroffen und nicht in den Ausschüssen. Die Ratsmitglieder hätten daher auch das Recht, sich in den Sitzungen des Rates auszutauschen und zu diskutieren, auch wenn dies bereits in den Ausschusssitzungen geschehen sei. Die Misere, dass der Rat heute eine derartige Entscheidung fällen müsse, begründe sich darauf, dass ein Bad „quasi verschenkt“ worden sei.

Herr Lang fragt, ob die in der Vorlage präsentierten Zahlen noch gültig seien; diese seien schließlich drei bis vier Jahre alt.

Herr Orth verweist auf die Vorlage.

Herr Willnecker kann die Bedenken von Herrn Lang nicht nachvollziehen. Seit 2004 hätten sich die Gremien des Rates mit dem Mohnwegbad befasst. Man wolle endlich mit der Sanierung beginnen.

Herr Ziffus kritisiert Herrn Muth und Herrn Mumdey. Er habe gedacht, die Zeit, in der der Rat grundsätzliche Infrastruktur-Entscheidungen fälle, ohne über die Folgekosten informiert zu sein, sei vorbei. Dafür sei schließlich das NKF eingeführt worden und es habe seit 2004 genügend Zeit bestanden, alle Kenndaten für einen kompletten Vergleich zwischen Neubau und Sanierung der Bäder zu vorzulegen.

Herr Mumdey entgegnet, die Verwaltung habe kein Problem damit, alle von Herrn Ziffus gewünschten Berechnungen zu erstellen und vorzulegen. Dann könne jedoch heute kein Beschluss gefasst werden.

Herr Schwamborn erläutert, er sei Mitglied der „Greenpeace Energy e.G.“. Diese Genossenschaft sei sehr daran interessiert, Bäder mit alternativen Energien zu versorgen und sich an solchen Objekten zu beteiligen. Er habe bereits 2004 Kontakt zwischen der Verwaltung und der Genossenschaft herzustellen versucht, was jedoch an mangelndem Interesse seitens der Verwaltung gescheitert sei.

Herr Orth entgegnet, auch dieser Beitrag wäre im zuständigen Fachausschuss besser aufgehoben gewesen.

Herr Nagelschmidt schließt sich dieser Einschätzung an.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **modifizierten Beschluss**:

- 1. Mit der Planung der Sanierung des Bades am Standort Mohnweg soll unverzüglich im Rahmen der im Haushalt 2008 zur Verfügung stehenden Mit-**

tel begonnen werden, so dass im Jahr 2009 mit der Sanierung angefangen werden kann.

2. **Der Bürgermeister wird als Mitglied der Gesellschafterversammlung der Bäder GmbH angewiesen, auf eine rasche Sanierung des Hans-Zanders-Bades hinzuwirken.**

<-@

10. Vereinschwimmen in Bergisch Gladbach

@-> Herr Willnecker erläutert, es sei richtig gewesen, die Beschlussfassung zu vertagen. Es dürfe nicht sein, dass bei einer derartig wichtigen Entscheidung die betroffenen Schwimmvereine nicht einbezogen würden und dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, die Politik sei gegen den Sport. Für die CDU-Fraktion sei der Sport und die vielen dort ehrenamtlich Tätigen ein wichtiges Anliegen unserer Stadt. Die CDU-Fraktion bedanke sich bei der Sportverwaltung, insbesondere bei Frau Jenniges, dass eine einvernehmliche Lösung mit den Schwimmvereinen erzielt worden sei, denn es sei sicher nicht einfach gewesen, einen Belegungsplan zu erstellen, der letztendlich alle zufrieden stelle. Es habe sich gezeigt, dass man mit Gesprächsbereitschaft Kompromissbereitschaft erreichen könne. Die CDU-Fraktion sei fest entschlossen, auch weiterhin mit den Sportvereinen im Gespräch zu bleiben.

Auch Herr Neu bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die SPD-Fraktion sei ebenfalls froh über das erzielte Verhandlungsergebnis. Er weise jedoch darauf hin, dass es nicht hilfreich sei, wenn man während der Verhandlungen aus der Presse entnehmen müsse, dass seitens der Schwimmvereine „der Krieg erklärt“ werde.

Herr Dr. Kassner erläutert, er betrachte den Beschlussvorschlag der Vorlage Nr. 160/2008, nämlich 285 Bahnstunden für den Vereinssport, als angenehmen Kompromiss. Nun entnehme er der Tischvorlage 160a/2008, den Schwimmvereinen würden nunmehr 310 Bahnstunden zur Verfügung gestellt. Er teile die Meinung, man müsse viel für den Sport tun. Ihm sei jedoch nicht bekannt, welche finanziellen Auswirkungen die 25 zusätzlichen Bahnstunden für die Bäder GmbH hätten. Bei allem Engagement für den Sport könne er dabei nicht außer Acht lassen, dass die Stadt finanziell „nicht auf Rosen gebettet“ sei. Deshalb dürfe kein „Füllhorn über den nimmersatten Forderern aus den Sportvereinen ausgeschüttet“ werden, ohne dass die finanziellen Auswirkungen dargestellt würden. Dem werde er nicht zustimmen.

Herr Orth entgegnet, der vorliegende Kompromiss sei auch für die Bäder GmbH positiv, da die Belegung am Dienstagnachmittag bereits heute bestehe, die Belegung am Donnerstag jedoch künftig entfallen solle. Damit bestehe für die Bäder GmbH die Chance, zusätzliche Erlöse zu erwirtschaften.

Herr Schütz unterstützt die Ausführungen von Herrn Dr. Kassner. Er könne als Mitglied des Aufsichtsrates der Bäder GmbH bestätigen, dass das Kapital der Stadt und damit der Bürgerinnen und Bürger Jahr für Jahr weiter schmelze. Auch er habe das Gefühl, der Schwimmverein sei tatsächlich „unersättlich“.

Herr Lang kritisiert, er habe eigentlich keine Zeit, die Tischvorlage während der Sitzung komplett zu erfassen. Die Ratsmitglieder seien bis heute nur durch die Presse

informiert worden.

Jedoch sei der Bürgermeister für die Geschäfte der laufenden Verwaltung und damit auch für die Einteilung der Schwimmzeiten und die diesbezüglichen Absprachen mit den Vereinen zuständig. Nun wolle der Bürgermeister wieder seine Verantwortung für eine unangenehme Aufgabe auf den Rat übertragen. Dazu sei die BfBB-Fraktion nicht bereit. Er **beantrage** daher, den Beschlussvorschlag so abzuändern, dass der Rat die Absichten des Bürgermeisters zur Kenntnis nehme, jedoch dem Bürgermeister die Entscheidung über die Belegung der städtischen Bäder überlasse.

Frau Kreft entgegnet, es wäre im Sinne der Debatte, wenn Herr Lang sich inhaltlich äußern würde.

Frau Beisenherz-Galas spricht sich gegen den Antrag von Herrn Lang aus. Der Rat solle signalisieren, dass er hinter den Kompromissen stehe und die Vereine unterstütze.

Für den Antrag von Herrn Lang stimmt die BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen der übrigen Fraktionen wird der Antrag bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDitiative mehrheitlich abgelehnt.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet den Bürgermeister, sich vor dem Verkauf des nächsten Schwimmbades darüber zu informieren, wie viele Bahnstunden dadurch für den Vereinssport entfallen würden und welcher Ersatz dafür geschaffen werden könne.

Herr Dr. Fischer weist auf einen Antrag der FDP-Fraktion hin, die stündlichen Betriebskosten aller Sportstätten zu ermitteln, um die Eigenleistungen der Sportvereine zu bewerten. Die Verwaltung habe dies positiv aufgenommen und erläutert, dass im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung auch eine Ausweisung der Kosten der Sportstätten und damit der Kosten für die Nutzungseinheiten erfolgen würde. Er fragt, ob dies auch für die Sportstätten gelte, die der Bäder GmbH zugeordnet seien.

Herr Orth antwortet, dass die Bäder GmbH seit Jahren eine Kosten- und Leistungsrechnung vornehme.

Herr Ziffus führt aus, die Bäder seien ein wichtiger Faktor zur Steigerung der Attraktivität der Stadt Bergisch Gladbach für junge Familien. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde den Beschlussvorschlag daher unterstützen.

Frau Alef bittet um Beantwortung der Frage, welche finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorschlag verursachen würde.

Herr Orth antwortet, bisher seien 324 Bahnstunden durch Vereinssport belegt worden. Der Beschlussvorschlag sehe weniger - nämlich nur noch 310 Bahnstunden - vor.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Fraktion KIDitiative und gegen eine Stimme aus den Reihen der CDU-Fraktion bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der CDU-Fraktion und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

1. Die künftige Belegung der städtischen Bäder durch die Bergisch Gladbacher

Schwimmsport treibenden Vereine erfolgt nach den in der fortgeschriebenen Vorlage ausgeführten Kriterien (Mindestbelegung, Bündelung, ausschließliche Sportnutzung, Nutzungsschwerpunkte an Bäderstandorten).

2. Für den Vereinssport werden 310 Bahnstunden einschließlich der Stunden für die Vereinskursprogramme als Festkontingent zur Verfügung gestellt.

<-@
11. Benutzungsentgelte für Sportanlagen

@-> Herr Dr. Kassner begibt sich wegen Befangenheit in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales.

Herr Schütz spricht seinen Unmut darüber aus, dass die Sportvereine die Beschlüsse des Rates so darstellen würden, als ob sie dadurch ruiniert würden. Dies sei „lächerlich“. Der Rat habe mit breiter Mehrheit die Einführung von Benutzungsentgelten für Sportstätten (Belastung der Sportvereine: ca. 40.000,- EUR p.a.) und im Gegenzug die Erhöhung der Jugendförderung für die Sportvereine (Entlastung der Sportvereine: 35.000,- EUR p.a.) beschlossen. Die Sportvereine hätten also pro Jahr 5.000,- EUR Mehrbelastung tragen müssen, was bei dem Mitgliedsbestand des Stadtsportverbandes (ca. 10.000 Mitglieder) nur einer Mehrbelastung von 0,50 EUR pro Jahr und Mitglied entsprochen hätte.

Er wolle wissen, wie der nunmehr vorliegende, von der CDU-Fraktion initiierte Beschlussvorschlag, die Benutzungsentgelte wieder abzuschaffen, finanziert werden solle.

Herr Kraus zeigt sich verwundert über die Ausführungen von Herrn Schütz. Er weise darauf hin, dass ehrenamtliche Leistungen in Sportvereinen einen hohen Wert hätten. Die KIDinitiative bezeichne sich selbst als Kinder- und Jugendpartei und wolle nun Beschlüsse aufrechterhalten, die letztendlich gegen Kinder und Jugendliche gerichtet seien. Die CDU-Fraktion habe erkannt, dass der Beschluss aus 2006 kein guter Beschluss gewesen sei; der vorliegende Beschlussvorschlag sei hingegen ein guter Kompromiss.

Herr Zalfen schließt sich diesen Ausführungen an. Es sei auch für die SPD-Fraktion wichtig, heute ein Signal zu setzen, dass der Sport einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert habe. Herr Neu ergänzt diese Ausführungen um eine Erläuterung der Situation, in der der Beschluss im Jahr 2006 zustande gekommen ist.

Herr Lang äußert die Zustimmung der BfBB-Fraktion zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag.

Frau Alef kritisiert, der nunmehr vorliegende Beschlussvorschlag sei nicht gerecht. Es müsse in allen Bereichen gespart werden und dazu müssten auch die Sportvereine beitragen. Die Fraktion KIDinitiative werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Schwamborn **beantragt**, den Beschlussvorschlag zu ergänzen: Der Zuschuss für den Eissportverein Bergisch Gladbach solle auf den Stand von 2005 festgelegt werden, um eine Gleichbehandlung der Sportvereine zu erreichen.

Herr Hoffstadt spricht sich gegen diesen Antrag aus.

Für den Antrag von Herrn Schwamborn stimmen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und die BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion KIDitiative wird der Antrag bei drei Enthaltungen aus den Reihen der CDU-Fraktion und zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Fraktion KIDitiative bei einer Enthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

- @->
- 1. Die 2006 beschlossenen Nutzungsentgelte für städtische Sportstätten werden ab dem 01.01.2008 wieder abgeschafft.**
 - 2. Alle Vorhaben für weitere Nutzungsentgelte für städtische Sportstätten, auch von städtischen Eigenbetrieben (Bäder-GmbH) werden nicht weiter verfolgt. Städtische Vertreter in der Bäder-GmbH werden angewiesen, entsprechend zu handeln.**
 - 3. Der Bürgermeister verhandelt und trifft Vereinbarungen mit den Vereinen über Pflege und Betreuung der von ihnen genutzten städtischen Sportflächen. Hierbei ist auf die Möglichkeiten der Vereine individuell einzugehen.**
 - 4. Die Jugendbeihilfe in Höhe von derzeit acht Euro pro Mitglied bleibt in dieser Höhe erhalten.**

Herr Dr. Kassner kehrt an seinen Platz zurück.

<-@

12.1 Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2007

@-> Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

12.2 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2008

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> **Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der außerplanmäßigen Aufwendung bzw. Auszahlung des Haushaltsjahres 2008 in Höhe von 15.000,00 EUR wird gemäß § 82 Abs. 2 GO NW erteilt.**

<-@

13. Neufassung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten

@-> Herr Haasbach und Frau Bendig kritisieren die atypische Beratungsfolge der Vorlage. Frau Bendig bittet darum, im Sitzungskalender 2009 die „richtige“ Reihenfolge zu berücksichtigen. Die Verwaltung habe dem Jugendhilfeausschuss glaubhaft versichert, dass Änderungsmöglichkeiten in Bezug auf die Richtlinien in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses erörtert würden. Der Jugendhilfeausschuss

habe folgende Änderungen beschlossen: Ziffer 4 Absatz 2 Nr. 3 der Richtlinien solle wie folgt geändert werden: „Der Rat der Kindertagesstätte nimmt den Haushaltsplan für das begonnene Kindergartenjahr und den Jahresabschluss für das abgelaufene Kalenderjahr zur Kenntnis und kann dazu Stellung nehmen.“ Zudem solle Ziffer 7.2 Absatz 2 der Richtlinien wie folgt geändert werden: „Fördermaßnahmen, Arbeitsgemeinschaften für bestimmte Kindergruppen, Ausflüge oder Feste und Feiern sind auch für Kinder offen mit Betreuungsverträgen für 25 bzw. 35 Wochenstunden.“

Herr Gerhards weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion einige Änderungsanträge gestellt hätte und diese - wie von Frau Bendig erläutert - noch im Ausschuss erörtert würden.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **modifizierten Beschluss**:

Der Neufassung der städtischen „Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten“ wird in der vom Jugendhilfeausschuss vorgeschlagenen Fassung zugestimmt.

<-@
14. Feststellung des Jahresabschlusses 2006 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "StadtGrün Bergisch Gladbach"

@-> Herr Ziffus äußert die Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da in der Risikobewertung festgestellt werde, dass die Verkehrssicherungspflicht wegen Personalmangels nicht gesichert werden könne.

Herr Orth entgegnet, die Verkehrssicherungspflicht werde in vollem Umfang erfüllt.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die BfBB-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

<-@
@-> **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW**

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2006 in
Aktiva und Passiva mit **23.372.988,97 EUR**

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresverlust von **1.873.166,34 EUR**
fest.

2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2006 fest.

3. Der Jahresverlust 2006 wird

a) in Höhe von 1.566.203 EUR durch einen verlustabdeckenden Zuschuss aus allgemeinen Haushaltsmitteln abgedeckt

b) in Höhe von 306.963,34 EUR dem Rücklagekapital für allgemeine Zwe-

cke entnommen.

16. <-@
Bebauungsplan Nr. 2449 - Ehemaliges Wachendorff-Gelände -
- Erlass einer Veränderungssperre

@-> Herr Orth weist darauf hin, dass die Broschüre „:wachendorffgelände Bergisch Gladbach – Auslobung“ im Foyer vor dem Sitzungssaal zur Mitnahme ausgelegt worden sei.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@
@-> **Für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 2449 - Ehem. Wachendorff-Gelände - wird eine Veränderungssperre als Satzung beschlossen.**

17. <-@
Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4212 - Asselborn -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Städtebaulicher Vertrag
- Beschluss als Satzung

@-> Herr Neu begibt sich wegen Befangenheit in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales.

Herr Dr. Baeumle-Courth weist darauf hin, dass Ratsmitglieder, die grob fahrlässig unrechtmäßige Beschlüsse fassen würden, schadensersatzpflichtig sein können. Das Verfahren der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Asselborn sei mit dem negativen Beschluss des Rates im März 2007 abschließend beendet worden.

Herr Lang verliest folgende Fragen, die Herr Bierganns bereits in der letzten Sitzung des Planungsausschusses gestellt habe: „1. Für welche Parzellen wird zur Zeit Baurecht geschaffen? 2. Wie groß sind die Parzellen? 3. Wie sind sie jetzt genutzt? 4. Wem gehören sie? und 5. Wie hoch ist die jeweilige Wertverbesserung?“ Er selbst habe bereits in einer anderen Sitzung die Frage gestellt, wie es sich erklären lasse, dass die Verwaltung ihre erste juristische Stellungnahme zum Verfahren geändert habe. Herr Lang stellt ergänzend folgende Frage: „Ist es zutreffend, dass die Baugenehmigung für einen der Anlieger, der gewerbliche Nutzung hat, nicht rechtlich in Ordnung gegangen ist?“ Außerdem erbitte er Auskunft darüber, „was der Sinn einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung sei und wie es mit dem Grundsatzbeschluss der Stadt stehe, dass man bei Wertverbesserungen auch zur Kasse gebeten werde.“ Herr Lang beantragt eine Überprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt. Für den Fall, dass seine Fragen nicht beantwortet würden, stellt Herr Lang die Möglichkeit eines erneuten Verfahrens über die Verletzung des Informationsrechtes der Ratsmitglieder in Aussicht.

Herr Schmickler antwortet, von der Satzung profitiere die gesamte Ortslage Asselborn, die von dem Geltungsbereich der Satzung erfasst sei, denn mit der Satzung werde klargestellt - daher auch der Begriff „Klarstellungssatzung“ -, dass die Grundstücke dem Innenbereich zugeordnet würden und sich daraus eine wesentliche Verbesserung der baurechtlichen Lage, des Immissionsschutzes, möglicher Beleihungen beim Verkauf usw. der Grundstücke ergebe. Für die gesamte Siedlung Asselborn

entstehe dadurch eine rechtlich deutlich bessere Lage und aus seiner Sicht auch eine Wertsteigerung für sämtliche Grundstücke und nicht nur für die beiden Flurstücke, die ursprünglich Antragsgegenstand gewesen seien. Der Begriff „Ergänzungssatzung“ erkläre sich dadurch, dass in einigen Bereichen einzelne Grundstücke in den Innenbereich einbezogen würden.

Ursache der erneuten Befassung sei ein erneuter Bürgerantrag. Die durch die Verwaltung überprüfte Frage habe darin bestanden, ob dies nach dem negativen Ratsbeschluss rechtlich möglich sei oder ob es eine Ausschlussfrist gebe, die dies für einen gewissen Zeitraum verhindere. Die erste Prüfung, die das Bestehen einer solchen Ausschlussfrist bestätigt habe, habe einer zweiten Prüfung jedoch nicht standgehalten. In dieser Situation könne die Verwaltung den Rat in seinen Rechten natürlich nicht beschränken, weshalb nun erneut entschieden werden solle. Der Rat steige dann jedoch an dem Punkt wieder in das Verfahren ein, an dem das Verfahren beendet worden sei, sofern ein zeitlicher und inhaltlicher Zusammenhang bestehe, was vorliegend der Fall sei. Das von Herrn Dr. Bäumle-Courth unter TOP A 1 beantragte Vorgehen sei nach dem Baugesetzbuch nicht der Regelfall.

Herr Lang entgegnet, die Frage, für welche Parzellen zur Zeit Baurecht geschaffen werde, sei nicht abschließend beantwortet worden. Er habe damit nicht die Parzellen gemeint, die bereits bebaut seien. Im Außenbereich könne man die Grundstücke grundsätzlich nicht bebauen, die „keine Baulücke“ seien. Er interpretiere den Plan jedoch so, dass auch im Außenbereich Baurecht geschaffen würde. Insofern müssten auch die darauf folgenden Fragen 2. bis 5. noch beantwortet werden.

Herr Schmickler antwortet ergänzend, die Lage der Grundstücke, die in den Innenbereich aufgenommen werden sollen, sei dem Plan zu entnehmen. Konkret handele es sich um die Flächen, die mit „B 7“ bezeichnet würden und die letzten Parzellen am Ende der Straße Oberasselborn - Ortsausgang, linke Seite. Es gebe allerdings auch an anderen Stellen unbebaute Grundstücke, die unter den Rahmenbedingungen des § 35 Baugesetzbuch vor einigen Jahren noch nicht bebaubar gewesen seien. Zu den Eigentümern und Werten könne in öffentlicher Sitzung keine Diskussion geführt werden. Zum Wertausgleich sei noch anzumerken, dass die vorliegenden Anträge zu einem Zeitpunkt gestellt worden seien, an dem es den Baulandbeschluss noch nicht gegeben habe. Sie würden damit nicht unter diesen Beschluss fallen, denn die Dauer des Verfahrens hätten nicht die Antragsteller zu vertreten. So sei es in den letzten Jahren im Rat auch einvernehmlich gehandhabt worden.

Herr Zalfen äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion und weist den Vorwurf, es handele sich um eine „Gefälligkeitssatzung“, zurück. Die Verwaltung habe mehrfach zutreffend deutlich gemacht, dass viele Bebauungsmöglichkeiten geschaffen würden. Nicht zufrieden zeigt sich Herr Zalfen damit, dass bei einigen Anliegern einer Straße in Asselborn der Eindruck entstanden sei, sie müssten keine Beiträge für die Wiederherstellung der Straße entrichten. Ob dieser Eindruck durch Verschulden der Verwaltung entstanden sei, müsse noch geklärt werden.

Herr Schwamborn erinnert die Ratsmitglieder daran, sie hätten „zum Wohle Aller“ und nicht „zum Wohle Einzelner“ zu entscheiden.

Herr Sprenger schließt sich für die CDU-Fraktion den Ausführungen von Herrn Schmickler und Herrn Zalfen an. Die CDU-Fraktion habe sich im letzten halben Jahr ausführlich mit der Satzung beschäftigt und er würde es sich wünschen, dass dies alle

Fraktionen getan hätten.

Herr Dr. Fischer äußert die Ablehnung der Satzung durch die FDP-Fraktion. Er halte das Verfahren für „anrühig“, einen „zufälligen“ Beschluss des Rates zu wiederholen. Herr Dr. Fischer entgegnet auf die letzte Aussage von Herrn Schmickler, dass die Anträge zwar vor den Beschlüssen zur sozialen Bodennutzung gestellt, jedoch zunächst vom Rat abgelehnt worden seien. Wenn nun das Verfahren wiederholt werden solle, müsste die soziale Bodennutzung Berücksichtigung finden.

Herr Kamp **beantragt** für die BfBB-Fraktion die Vertagung der Beschlussfassung.

Herr Ziffus und Herr Schütz sprechen sich unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Herrn Dr. Fischer für diesen Antrag aus. Herr Schütz erläutert, ein neues Verfahren müsse im Planungsausschuss und nicht im Rat beginnen.

Für den Antrag auf Vertagung der Beschlussfassung stimmen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, die Fraktion KIDitiative und die BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und des Bürgermeisters wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Schütz äußert die Ablehnung der Satzung durch die Fraktion KIDitiative. Auch die Fraktion KIDitiative halte die Wiederholung eines abgeschlossenen Verfahrens für sehr „merkwürdig“ und kündige eine juristische Überprüfung an. Zudem werde die Fraktion KIDitiative Akteneinsicht beantragen. Die ganz überwiegende Mehrheit der Asselborner Bevölkerung spreche sich gegen das Verfahren aus.

Herr Dr. Baeumle-Courth kritisiert die Argumentation der Verwaltung, das Verfahren könne auf Grund einer veränderten Sachlage (zusätzlicher Petent) wiederholt werden. Gleichzeitig jedoch werde selbst von vielen Befürwortern der Satzung eingestanden, dass sich die Sachlage nicht geändert habe. Herr Schmickler habe noch vor einigen Jahren zu Recht betont, dass die Ortslage Asselborn kein städtebauliches Gewicht habe, da die Infrastruktur nicht für eine weitere Verdichtung ausgelegt sei.

Herr Mömkes **beantragt** den Schluss der Aussprache.

Herr Schütz spricht sich gegen diesen Antrag aus.

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, eines Ratsmitglieds aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Bürgermeisters wird der Antrag auf Schluss der Aussprache gegen die Stimmen der übrigen Ratsmitglieder bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der FDP-Fraktion mehrheitlich angenommen.

Herr Lang erinnert daran, der Rat müsse noch über seinen Antrag zur Überprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt abstimmen.

Herr Orth entgegnet, dafür sei nicht das Rechnungsprüfungsamt, sondern die Kommunalaufsicht zuständig.

Herr Ziffus **beantragt** die namentliche Abstimmung über die Beschlussvorschläge.

Frau Lehnert **beantragt** die geheime Abstimmung über die Beschlussvorschläge.

Herr Orth erläutert, zum selben Tagesordnungspunkt habe ein Antrag auf geheime Abstimmung Vorrang gegenüber einem Antrag auf namentliche Abstimmung (§ 50 Absatz 1 GO NRW).

Herr Schütz entgegnet, es sei interessant, dass die Mitglieder der CDU-Fraktion anscheinend keine persönliche Verantwortung für ihr Abstimmungsverhalten übernehmen wollen. Herr Ziffus ergänzt, die geheime Abstimmung solle wohl dazu dienen, die persönliche Haftung der Ratsmitglieder bei einem offensichtlich rechtswidrigen Beschluss zu kaschieren.

Herr Mömkes widerspricht diesen Aussagen. Der Antrag diene keinesfalls der Verschleierung. Wer wie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fälschlicher Weise behaupte, die CDU-Fraktion wolle die Möglichkeit der geheimen Abstimmung instrumentalisieren, der müsse vielmehr eingestehen, dass bei der letzten Abstimmung über die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Asselborn die geheime Abstimmung nur deshalb beantragt wurde, um möglichen Abweichlern die Möglichkeit zu geben, gegen die Satzung zu stimmen.

Der Antrag auf geheime Abstimmung wird mehrheitlich angenommen.

Die gemäß § 18 Absatz 4 Geschäftsordnung erforderliche Anzahl der Stimmen von mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder ist damit erreicht.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler schlägt die CDU-Fraktion Frau Lehnert, die SPD-Fraktion Herrn Dr. Arndt und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Scheerer vor.

Der Rat zeigt sich mit diesen Vorschlägen einvernehmlich einverstanden.

Herr Orth lässt daraufhin zunächst über Ziffer I. der Beschlussempfehlung des Planungsausschusses geheim abstimmen.

[Herr Orth unterbricht die Sitzung während der Stimmauszählung von 20:00 Uhr bis 20:05 Uhr.]

Es werden 60 Stimmzetteln abgegeben, von denen 59 gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Der Rat fasst in geheimer Abstimmung mehrheitlich mit 32 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4212 - Asselborn - gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingereichten Anregungen von**
 - B 1 Karl-Heinz Müller und weitere Anlieger wird nicht entsprochen,**
 - B 2 Rosa Roth wird nicht entsprochen,**

- B 3 Eheleute Axel und Marion Kansy wird nicht entsprochen,**
- B 4 Dr. Rudolf Krause wird nicht entsprochen,**
- B 5 RA Neu i.V. von 13 Anliegern wird nicht entsprochen,**
- B 6 Dieter Karrasch wird nicht entsprochen,**
- B 7 Heinz Kriener wird entsprochen,**
- T 1 Rhein.-Berg. Kreis Der Landrat wird teilweise entsprochen.**

Herr Schütz schlägt Herrn Sonnenberg als zusätzlichen Stimmzähler vor.

Hiermit zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

Herr Orth lässt daraufhin über Ziffer II. der Beschlussempfehlung des Planungsausschusses geheim abstimmen.

Es werden 60 Stimmzetteln abgegeben. Alle abgegebenen Stimmzettel sind auch gültig. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Der Rat fasst in geheimer Abstimmung mehrheitlich mit 35 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung folgenden **Beschluss**:

II. Der Rat beschließt, den Städtebaulichen Vertrag in der vorliegenden Fassung abzuschließen.

Herr Orth lässt daraufhin über Ziffer III. der Beschlussempfehlung des Planungsausschusses geheim abstimmen.

Es werden 59 Stimmzetteln abgegeben. Alle abgegebenen Stimmzettel sind auch gültig. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Der Rat fasst in geheimer Abstimmung mehrheitlich mit 34 Ja-Stimmen und 25 Nein-Stimmen folgenden **Beschluss**:

III. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 34 Abs. 4-6 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NRW die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4212 - Asselborn - als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 34 Abs. 5 BauGB.

Herr Neu kehrt an seinen Platz zurück.

- <-@**
- 18. Bebauungsplan Nr. 5539 - Obereschbach -**
- Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung
- Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung
- Beschluss als Satzung

@-> Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, der Bebauungsplan sei grundsätzlich zu begrüßen; er weise jedoch darauf hin, dass die Verwaltung zur Anregung der Einwender

unter F6 - Landesbetrieb Wald und Holz NRW - in der Vorlage nicht Stellung nehmen. Er frage daher, ob der Rat der Anregung F6, wie es der Planungsausschuss empfehle, teilweise entsprechen solle oder, wie es in der Ratsvorlage vorgeschlagen werde, nicht entsprechen solle.

Herr Orth bittet Herrn Albrecht als Vorsitzenden des Planungsausschusses um Stellungnahme zur Beschlussempfehlung des Planungsausschusses.

Herr Albrecht antwortet, die Ratsvorlage müsse korrigiert werden. Unter Ziffer II. laute die Beschlussempfehlung des Planungsausschusses wie folgt: „Den im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 5539 - Obereschbach - gemäß § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch vorgetragene Anregungen der Einwender (...) F6 Landesbetrieb Wald und Holz NRW wird teilweise entsprochen.“

Herr Lang bemerkt, die BfBB-Fraktion habe bereits mehrfach kritisiert, dass dazu geneigt werde, den Anregungen von Behörden zu entsprechen und den Anregungen von Privatleuten nicht zu entsprechen. Dies halte die BfBB-Fraktion für bedenklich; sie werde sich daher der Stimme enthalten.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

I. Den im Rahmen der 1. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 5539 - Obereschbach - gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgetragene Anregungen der Einwender

- B1 Bruno Bennewitz wird teilweise entsprochen,**
- B2 Petra u. Andreas Hüpper wird teilweise entsprochen,**
- B3 Yvonne Knabe wird teilweise entsprochen,**
- B4 Rechtsanwalt Hochhausen für die Mandanten Beatrix Beuthner-Brendel und Jürgen Brendel wird nicht entsprochen,**
- B5 Alfred Merkel wird nicht entsprochen,**
- B6 Uwe Siekmann wird teilweise entsprochen,**
- B7 Dirk und Anita Fassbender wird teilweise entsprochen,**
- B8 Dr.-Ing. Ulrich Müller-Frank für die Aktionsgemeinschaft Terrassenstadt e.V. wird teilweise entsprochen,**
- T1 Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst wird entsprochen,**
- T2 Deutsche Telekom wird entsprochen,**
- T3 Rheinisch-Bergischer Kreis, Abt. 67, Planung und Landschaftsschutz wird teilweise entsprochen,**
- T4 Landesbetrieb Wald und Holz NRW wird entsprochen,**
- T5 Landesbetrieb Straßen NRW, Autobahnniederlassung Krefeld wird entsprochen,**
- T6 Rheinische NETZGesellschaft wird entsprochen,**
- T7 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird entsprochen,**
- T8 Aggerverband wird teilweise entsprochen.**

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB-Fraktion folgenden **korrigierten**

Beschluss:

II. Den im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 5539 - Obereschbach - gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgetragene Anregungen der Einwender

- B1 Rechtsanwalt Hochhausen für die Mandanten Beatrix Beuthner-Brendel und Jürgen Brendel wird nicht entsprochen,**
- F1 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird teilweise entsprochen,**
- F2 Rheinisch-Bergischer Kreis, Abt. 67, Planung und Landschaftsschutz wird teilweise entsprochen,**
- F3 Aggerverband wird teilweise entsprochen,**
- F4 IHK Köln, Zweigstelle Leverkusen/Rhein-Berg wird teilweise entsprochen,**
- F5 Landesbetrieb Straßen NRW, Autobahnniederlassung Krefeld wird entsprochen,**
- F6 Landesbetrieb Wald und Holz NRW wird teilweise entsprochen.**

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB-Fraktion und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDinitiative folgenden **Beschluss:**

III. Der Bebauungsplan Nr. 5539 - Obereschbach - wird gem. § 10 BauGB und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NRW als Satzung beschlossen und dazu die Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB.

<-@

**19. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 5538 - Meisheide -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss des Durchführungsvertrages
- Beschluss als Satzung**

@-> Herr Albrecht berichtet, der Planungsausschuss habe keine Beschlussempfehlung zu Ziffer II. gefasst, da der Durchführungsvertrag am Tag der Sitzung noch nicht vorgelegen habe. Der Ausschuss habe sich darauf geeinigt, dass der Rat in seiner heutigen Sitzung über den Durchführungsvertrag beschließen solle, wenn dieser den Ratsmitgliedern bis spätestens zehn Tage vor der Sitzung vorgelegt werde, was auch geschehen sei.

Herr Dr. Baeumle-Courth verweist auf seine bereits in den Fachausschüssen vorgebrachten Argumente gegen den Bebauungsplan Meisheide und weist auf einige Passagen des Durchführungsvertrages besonders hin: Zu § 1 Absatz 1 bemerkt Herr Dr. Baeumle-Courth, es gehe nicht nur um Ausgleichsmaßnahmen im Vertragsgebiet, sondern - wie in § 1 dargestellt - auch um Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Vertragsgebietes. In § 2 Buchstabe e) würden ein Lärmschutzgutachten, eine schalltechnische Untersuchung und eine Kostenermittlung im Rahmen des Straßenausbaus erwähnt. Dazu lägen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Unterlagen vor; er bitte um Aufklärung. In § V 2 Absatz 3 werde ausgeführt, der Kreis der Betroffenen würde zwischen beiden Vertragspartnern einvernehmlich festgelegt. Dies

sei eine „tollkühne“ Regelung. Das in § E 3 Absatz 3 geforderte Einvernehmen zwischen Vorhabenträger und betroffenen Eigentümern liege nicht vor. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei der Ansicht, dass auch die Voraussetzungen des § E 3 Absatz 6 nicht vorliegen würden. Nach § E 4 bedürften Änderungen der Zustimmung der Stadt. Nach dem Deckblatt des Vertrages sei damit wohl die Zustimmung des Bürgermeisters gemeint. Er vertrete jedoch die Ansicht, dass wesentliche Änderungen der Rat nach vorheriger Beratung im Planungsausschuss zu beschließen habe. Er bitte darum, den Vertragstext entsprechend zu ändern. Die in § E 8 Absatz 1 erwähnte Übernahme der „Gefahr des zufälligen Untergangs“ sei angesichts der „steilen Hanglage“ eine sehr kuriose Regelung. Seit dem 08.04.2008 gebe es eine Verwaltungsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Landesbetrieb Straßen.NRW, die eine komplette Kostenübernahme seitens der Stadt vorsehe. Er frage, ob die Verwaltung mit dem Abschluss der Vereinbarung nicht bis zum heutigen Beschluss des Rates hätte warten können. Sollte der Rat den Bebauungsplan Meisheide heute nicht beschließen, so „bleibe die Stadt auf den Kosten sitzen“.

Herr Lang frage, welche Verluste die Stadt durch die Nichtabschöpfung der Wertverbesserung erleiden würde.

Herr Schmickler antwortet auf die Fragen von Herrn Dr. Bäumle-Courth, es handele sich vorliegend um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan, der im Baugesetzbuch geregelt sei. Nach dem Baugesetzbuch sei es Voraussetzung für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan, dass ein unmittelbarer Investorenbezug bestehe. Damit hätten derartige Bebauungspläne den - vom Gesetzgeber gewollten - Charakter einer Einzelfallregelung. Er widerspreche ausdrücklich der Einschätzung, es liege kein Einvernehmen (§ E 3 Absatz 3) vor. Zudem würden die Lärmschutzansprüche über das vom Gutachter ermittelte Maß deutlich hinaus in allen drei Fällen erfüllt. Wie in allen Verträgen sei der Begriff „Stadt“ die juristisch korrekte Bezeichnung für die Stadt Bergisch Gladbach als Vertragspartei. Wer für einzelne Entscheidungen zuständig sei, ergebe sich aus der Gemeindeordnung NRW und ortsrechtlichen Regelungen, an die sich die Verwaltung selbstverständlich halte. Der Vorhabenträger habe den Durchführungsvertrag bereits in der vorliegenden Fassung unterschrieben. Nur wenn der Rat heute die entsprechenden Beschlüsse fasse, sei der Bürgermeister ermächtigt, den Durchführungsvertrag sowie die Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb, auf die sich der Durchführungsvertrag beziehe, für die Stadt zu unterzeichnen. Auf die Frage von Herrn Lang antwortet Herr Schmickler, der Baulandbeschluss gelte ausdrücklich nur für Wohnbauland, nicht für Gewerbebauland. Der Spielraum zur Abschöpfung von Wertsteigerungen sei in Bezug auf Gewerbebauland wesentlich enger, denn dieses habe in Bergisch Gladbach im Vergleich mit Wohnbauland nur ca. ein Drittel bis zur Hälfte des Wertes. Zudem übernehme der Vorhabenträger im vorliegenden Fall eine Fülle von Maßnahmen, womit kein Spielraum mehr für Abschöpfungen bestehe. Die Erschließung diene dabei insbesondere auch der bereits vorhandenen Wohnbebauung. So werde z.B. eine ampelgesicherte Zufahrt in die Landstraße 136 geschaffen.

Herr Dr. Fischer erläutere, die FDP-Fraktion begrüße es, dass eine für die Umgebung verträgliche Gewerbefläche gefunden wurde, denn die Stadt sei dringend auf Gewerbesteuererinnahmen angewiesen. Die FDP-Fraktion sei daher grundsätzlich für das Projekt und habe im Planungsausschuss nur deshalb dagegen gestimmt, weil noch kein Entwurf des Durchführungsvertrages vorgelegen habe.

Herr Mömkes erläutert, auch die CDU-Fraktion begrüße ausdrücklich den Bebauungsplan Meisheide. Man sei sehr froh darüber, dass einem Investor zügig die Möglichkeit gegeben worden sei, ein renommiertes Unternehmen in Bergisch Gladbach zu etablieren. Dies bringe der Stadt nicht nur Verbesserungen im Bereich der Gewerbesteureinnahmen, sondern schaffe auch Arbeitsplätze. Es sei ein guter Weg beschritten worden, der auch in anderen Bereichen fortgesetzt werden solle.

Herr Zalfen äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion mit Ausnahme von zwei Fraktionsmitgliedern zum Bebauungsplan Meisheide.

Herr Schütz zeigt sich verwundert darüber, dass die Verwaltung immer argumentiert habe, es müssten schnell politische Beschlüsse gefasst werden, um den potentiellen Investor nicht zu verlieren. Dieser habe es nunmehr wohl „nicht mehr ganz so eilig“. Dies zeige, dass die Stadt eine geschicktere Verhandlungsposition hätte einnehmen können, anstatt dem potentiellen Investor uneingeschränkt alle Forderungen zu erfüllen.

Herr Schmickler bekennt sich ausdrücklich dazu, „Investoren hinterherzulaufen, wenn diese attraktive Arbeitsplätze nach Bergisch Gladbach bringen können“. Er wisse, dass der Investor derzeit in konkreten Verhandlungen mit Baufirmen stehe, die das Projekt realisieren sollen. Es könne daher nicht die Rede davon sein, dass der Investor es nicht eilig habe.

Herr Ziffus **beantragt** die namentliche Abstimmung über die Beschlussvorschläge.

Für den Antrag stimmen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die BfBB-Fraktion bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion und Enthaltung der FDP-Fraktion und der Fraktion KIDinitiative.

Die gemäß § 18 Absatz 3 Geschäftsordnung erforderliche Anzahl von mindestens einem Zwanzigstel der Stimmen der Ratsmitglieder ist damit erreicht.

Herr Orth erläutert, der nachgereichte Entwurf des Durchführungsvertrages sei unter Ziffer II. Bestandteil des Beschlussvorschlages. Da der vorliegende Entwurf des Durchführungsvertrages noch nicht in den zuständigen Fachausschüssen beraten worden sei, solle der Rat jedoch zunächst **den Beschluss fassen**, auf eine Vorberatung in den Fachausschüssen zu verzichten und damit die Beratung und Entscheidung an sich ziehen.

Dieser Vorschlag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen eine Stimme aus den Reihen der BfBB-Fraktion bei einigen Enthaltungen angenommen.

Die namentliche Abstimmung liefert folgendes Ergebnis:

Ratsmitglied (Name, Vorname)	Stimmabgabe zur jeweiligen Ziffer des Beschlussvorschlages
-------------------------------------	---

	I.	II.	III.
Albrecht, Jürgen	Ja	Ja	Ja
Alef, Doris Maria	Ja	Ja	Ja
Dr. Arndt, Hartwig	Ja	Ja	Ja
Dr. Baeumle-Courth, Peter	Nein	Nein	Nein
Beisenherz-Galas, Renate	Nein	Nein	Nein
Bendig, Kristel	Ja	Ja	Ja
Dr. Bernhauser, Johannes	Ja	Ja	Ja
Binzberger, Herigart	Nein	Nein	Nein
Brenneiser, Herbert	Nein	Nein	Nein
Cüpper, Thomas	Ja	Ja	Ja
Ditzler, Manfred	Ja	Ja	Ja
Dresbach, Erich	Ja	Ja	Ja
Dr. Fischer, Reimer	Ja	Ja	Ja
Galley, Thomas	Ja	Ja	Ja
Gerhards, Markus	Ja	Ja	Ja
Graner, Angelika	-	-	-
Haasbach, Hans Josef	Ja	Ja	Ja
Hagen, Karl Hubert	Ja	Ja	Ja
Hammelrath, Helene	Ja	Ja	Ja
Hoffstadt, Peter	Ja	Ja	Ja
Holtzmann, Petra	Ja	Ja	Ja
Höring, Lennart	Ja	Ja	Ja
Jung, Otto	-	-	-
Kamp, Wilfried	Nein	Nein	Nein
Dr. Kassner, Uwe	Ja	Ja	Ja
Kierspel, Johann	Ja	Ja	Ja
Kleine, Nikolaus	Ja	Ja	Ja
Koshofer, Ingrid	Ja	Ja	Ja
Krafft, Jürgen	Ja	Ja	Ja
Kraus, Robert Martin	Ja	Ja	Ja
Kreft, Annegret	Ja	Ja	Ja
Lang, Heinrich	Nein	Nein	Nein
Lehnert, Elke	Ja	Ja	Ja
Lob, Ulrich	Ja	Ja	Ja
Dr. Miege, Wolfgang	Ja	Ja	Ja
Mömkes, Peter	Ja	Ja	Ja
Dr. Müller, Christian	Ja	Ja	Ja
Münzer, Mechtild	Ja	Ja	Ja
Nagelschmidt, Felix	-	-	-
Neu, Gerhard	Ja	Ja	Ja
Orth, Klaus	Ja	Ja	Ja
Pütz, Lasse	Nein	Nein	Nein
Reitz, Wilhelm Toni	-	-	-
Rickes, Roland	Nein	Nein	Nein
Rosen, David	-	-	-
Ryborsch, Magda	-	-	-
Sacher, Peter	Ja	Ja	Ja
Schacht, Rolf-Dieter	Ja	Ja	Ja
Scheerer, Anna Maria	Nein	Nein	Nein

Schmidt-Bolzmann, Renate	Ja	Ja	Ja
Schneeloch, Günter	Nein	Nein	Nein
Schneider, Waltraud	Ja	Ja	Ja
Schöttler-Fuchs, Brigitte	Ja	Ja	Ja
Schreiber, Gabriele	Nein	Nein	Nein
Schu, Rosemarie	Ja	Ja	Ja
Schütz, Fabian	Nein	Enthaltung	Enthaltung
Schwamborn, Werner Dieter	Nein	Nein	Nein
Sonnenberg, Hendrik	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung
Sprenger, Markus	Ja	Ja	Ja
Dr. Steffen, Ulrich	Nein	Nein	Nein
Vollmer, Irmgard	Ja	Ja	Ja
Waldschmidt, Klaus W.	-	-	-
Willnecker, Josef	Ja	Ja	Ja
Winkels, Berit	Ja	Ja	Ja
Dr. Winzen, Peter	Ja	Ja	Ja
Zalfen, Michael	Ja	Ja	Ja
Ziffus, Günter	Nein	Nein	Nein

Der Rat fasst damit mehrheitlich mit 44 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden **Beschluss**:

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr.5538 - Meisheide - gem. § 3 Abs.2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Einwender**
- B1 Rechtsanwälte Verweyen, Lenz-Voß, Boisserée für die Mandanten, Bürgerinitiative zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzflächen wird teilweise entsprochen,**
 - B2 Kornelia und Bernward Salomon wird teilweise entsprochen,**
 - B3 Bürgerinitiative zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzflächen wird entsprochen,**
 - B4 Beatrix Beuthner-Brendel, Jürgen Brendel wird nicht entsprochen,**

 - T1 Rheinische NETZGesellschaft mbH, N-Leitplanung wird entsprochen,**
 - T2 Geologischer Dienst NRW wird nicht entsprochen,**
 - T3 RWE Westfalen-Weser-Ems Netzservice GmbH wird entsprochen,**
 - T4 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen,**
 - T5 IHK zu Köln, Zweigstelle Leverkusen/Rhein-Berg wird teilweise entsprochen,**
 - T6 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird entsprochen,**
 - T7 Landwirtschaftskammer NRW wird nicht entsprochen,**

 - F1 Stadt Bergisch Gladbach, Fachbereich 7, 66, 67, 68 wird teilweise entsprochen,**
 - F2 Stadt Bergisch Gladbach, Fachbereich 3, Ordnungsamt wird entsprochen,**
 - F3 Stadt Bergisch Gladbach, Fachbereich 3, Feuerwehr wird entsprochen.**

Der Rat fasst damit mehrheitlich mit 44 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, den Durchführungsvertrag in der vorliegenden Fassung abzuschließen.

Der Rat fasst damit mehrheitlich mit 44 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

III. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 5538 - Meisheide - wird gem. § 10 BauGB und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NRW als Satzung beschlossen und die Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB dazu.

<-@
20. Satzung über die Festlegung der Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@
@-> Die „Satzung über die Festlegung der Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach“ wird in der der Vorlage beiliegenden Fassung beschlossen.

<-@
21. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@
@-> Der Leiter des Fachbereichs 7, Herr Michael Kremer, wird beauftragt, die Mitgliedschaftsrechte der Stadt Bergisch Gladbach in folgenden Gremien wahrzunehmen:

1. in der Verbandsversammlung „Rechtsrheinischer Randkanal“,
2. in der Verbandsversammlung des Strundeverbandes und
3. in der Gesellschafterversammlung der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH.

<-@
22. Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach zum Förderverein GALK e.V.

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Stadt Bergisch Gladbach wird im Förderverein GALK e.V. vertreten durch den Leiter des Produktbereiches Stadtgrün, Herrn Wolfgang Leuthe. Seine Stellvertretung übernimmt Herr Thomas Klostermann.

<-@

23. **Änderung der Zusammensetzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

- @-> 1. Der Rat wählt auf Vorschlag des Clubs Behinderter und ihrer Freunde Rheinisch-Bergischer Kreis e.V. (Ce Be eF) Frau Anni Fier, Talweg 55, 51469 Bergisch Gladbach, als Nachfolgerin für Herrn Peter Hillebrand zum ordentlichen Mitglied für Menschen mit Körperbehinderung in den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen.
2. Der Rat wählt auf Vorschlag des Clubs Behinderter und ihrer Freunde Rheinisch-Bergischer Kreis e.V. (Ce Be eF) Herrn Gerhard Cramer, Kürtenner Str. 326, 51465 Bergisch Gladbach, als Nachfolger für Herrn Andreas Fritsch als persönlicher Stellvertreter Frau Fiers zum stellvertretenden ordentlichen Mitglied für Menschen mit Körperbehinderung in den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen.
3. Der Rat wählt auf Vorschlag des PROgymnasiums Bensberg e.V. Frau Diana Lamsfuß, Klausenberg 25, 51429 Bergisch Gladbach, als Nachfolgerin für Herrn Wolfgang Boden als persönliche Stellvertreterin Herrn Schermers zum stellvertretenden ordentlichen Mitglied für Menschen mit Mehrfachschwerstbehinderung in den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

<-@

24. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

24.1 **Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses**

hier: Änderung der Besetzung durch den Bund der Pfadfinder

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> **Zum stimmberechtigten Mitglied des Jugendhilfeausschusses wird Herr Felix Rodenbach gewählt.**

Gleichzeitig wird Frau Annika Böcher als stimmberechtigtes Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss abberufen.

<-@

24.2 **Antrag der CDU-Fraktion vom 27.03.2008 zur Ergänzung der Stellvertreterliste im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**

@-> Der Rat nimmt den Antrag einstimmig an.

<-@

24.3 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.04.2008 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen und bei der Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten**

@-> Der Rat nimmt den Antrag inklusive der Ergänzung einstimmig an.

<-@
24.4 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.04.2008 zur Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr

@-> Der Rat nimmt den Antrag einstimmig an.

<-@
25. Anträge der Fraktionen

25.1 Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 11.03.2008 zur Änderung der Zuständigkeitsordnung

@-> Der Rat verweist den Antrag einstimmig ohne Aussprache an den Hauptausschuss.

<-@
25.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Schaffung einer weiteren Stelle im FB 6-611 im Rahmen des Haushalts 2009

@-> Herr Mömkes erläutert, der Antrag der CDU-Fraktion solle dahingehend erweitert werden, dass auch im Bereich der Stadtentwicklung eine weitere befristete Stelle eingerichtet werde.

Der Rat verweist den so ergänzten Antrag einvernehmlich ohne Aussprache an den Hauptausschuss sowie den Finanz- und Liegenschaftsausschuss.

<-@
25.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2008, die Verwaltung zu beauftragen, einen geeigneten Standort für die Feuerwache Bensberg zu untersuchen

@-> Der Rat verweist den Antrag einvernehmlich ohne Aussprache an den Hauptausschuss.

<-@
25.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2008, die Verwaltung möge im Zuge der Neugestaltung Dolmannstraße und dem geplanten Bau einer Terrasse am Kahnweiher dem Rat ein Konzept vorschlagen, das sowohl die Beseitigung der stinkenden Kloake an der geplanten Terrasse, als auch die Reaktivierung des Spielplatzes als dringende Sofortmaßnahme sowie die Verbesserung des gesamten Erholungsparks Refrath zum Inhalt hat

@-> Der Rat verweist den Antrag einvernehmlich ohne Aussprache an den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr.

<-@
25.5 Antrag der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion zum Programm „Lernen und Arbeiten“ der Volkshochschule der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Herr Dr. Miede berichtet von der geplanten Einstellung der Förderung der außerordentlich wichtigen Arbeit der Volkshochschule Bergisch Gladbach zu Gunsten be-

nachteiliger Jugendlicher und Erwachsener. Er bittet den Rat um Zustimmung zu dem durch die SPD-Fraktion vorgeschlagenen Resolutionstext [siehe unten].

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach protestiert gegen die Mittelkürzung für das Programm „Lernen und Arbeiten“ der Volkshochschule durch die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg.

Er fordert den Bürgermeister auf, alles Erdenkliche zu unternehmen, um die Zerstörung der unverzichtbaren Bildungsarbeit der Volkshochschule für diese hilfsbedürftigen Bevölkerungsgruppen zu verhindern.

Diese offensichtlich letzte Möglichkeit, zu Schulabschlüssen zu kommen, darf auf keinen Fall vernichtet werden.

Herr Dr. Fischer verliest ergänzend auch den Text des Antrages der FDP-Fraktion, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

26. <-@
Anfragen der Ratsmitglieder

@-> Herr Ziffus: Anfrage zur Information über Angebote von Gymnasien an Grundschulen

Herr Ziffus fragt, auf welcher Grundlage Gymnasien über ihre Angebote an Grundschulen informieren dürften bzw. sollten.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Ziffus: Anfrage zu einem Mountainbike-Rennen im Lerbacher Wald

Herr Ziffus erläutert, am kommenden Wochenende finde im Bereich des Vertragsnaturschutzes im Lerbacher Wald ein Mountainbike-Rennen statt. Das Rennen werde als „Querfeldein-Rennen durch Büsche und Gestrüpp“ angekündigt. Herr Ziffus fragt, ob die Landschaftsplanung verabschiedet worden sei und wie sich der Vertragsnaturschutz mit einer solchen Veranstaltung während der Brutzeit verschiedener Vogelarten vereinbaren ließe.

Herr Orth antwortet, dass der Kreis zuständig sei. Er bitte Herrn Ziffus daher, seine Anfrage an den Landrat zu richten.

Herr Ziffus: Anfrage zu den Kosten des Straßenbaus Kippekausen

Herr Ziffus bittet den Bürgermeister um Aufstellung und Übermittlung einer aktuellen Kostenbilanz (nicht auf der Basis von Schätzungen) inklusive der Belastung pro m² für die betroffenen Anwohner zum Straßenbau Kippekausen.

Herr Schmickler antwortet, die Verwaltung könne Herrn Ziffus ein entsprechendes Divisionsrechnungs-Ergebnis aus den aktuell bekannten Kosten gemäß Ausschrei-

bung und den ermittelten fiktiven m² zur Verfügung stellen. Dieser Wert wäre aber nach wie vor nicht endgültig gesichert, da noch Abweichungen entstehen könnten.

Herr Orth fragt Herrn Ziffus, ob er nicht warten wolle, bis die Maßnahme abgerechnet sei, was von Herrn Ziffus verneint wird.

Frau Schmidt-Bolzmann: Anfrage zu dem Antwortschreiben auf ihre Anfrage zu einer möglicherweise widerrechtlichen privaten Nutzung eines städtischen Grundstücks an der Taufkirche in Refrath in der Sitzung des Rates am 28.02.2008

Frau Schmidt-Bolzmann fragt zu den Antwortschreiben auf ihre Anfrage in der Sitzung des Rates am 28.02.2008, wann Sie mit einer endgültigen fundierten Antwort rechnen könne.

Herr Orth antwortet, er könne heute keine Frist benennen. Die Angelegenheit werde geprüft und die Frage beantwortet, sobald ein Ergebnis vorliege.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Über-Mittag-Betreuung an Bergisch Gladbacher Gymnasien

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob es zutreffe, dass das Land weitere Mittel für die Über-Mittag-Betreuung an Gymnasien angekündigt habe und ob es bereits ein mittel- oder langfristiges Konzept der Stadt gebe bzw. in welchen Schritten ein solches Konzept erstellt werde.

Herr Orth bestätigt, dass Land habe ein entsprechendes Programm eingerichtet.

Herr Dr. Mieke ergänzt, er könne nicht nachvollziehen, dass wiederholt Fragen gestellt würden, die in den Ausschüssen von der Verwaltung bereits beantwortet worden seien. Er appelliere an die Ratsmitglieder, sich untereinander, vor allem innerhalb ihrer Fraktionen, besser auszutauschen.

Herr Dr. Baeumle-Courth entgegnet, das genannte Programm habe zur letzten Ausschusssitzung noch gar nicht vorgelegen und er sei auch nicht Mitglied des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport.

Herr Dr. Speer antwortet, das Programm sei tatsächlich erst nach der letzten Ausschusssitzung aufgelegt worden. Problematisch sei die relativ geringe Höhe der Fördersumme, die nur 100.000,- EUR betrage. Die Verwaltung werde versuchen, im Rahmen der Sanierungsplanungen kreative Verwendungsmöglichkeiten zu suchen.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Parkplatzsituation am Milchbornbad

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob die Verwaltung für die kommende Saison Parkplatzprobleme am Milchbornbad erwarte und wie sie diese bewältigen wolle.

Herr Orth antwortet, dass die Inanspruchnahme des Bades natürlich stark witterungsabhängig sein werde. Tatsache sei, dass es in der unmittelbaren Nähe des Bades nicht

mehr Parkplätze geben werde als die, die bereits jetzt zur Verfügung stünden. Der Rat habe die Entscheidung getroffen, die derzeitige Situation im Wesentlichen beizubehalten. Es seien zwar einige wenige Parkplätze hinzugekommen; die Besucherinnen und Besucher des Bades müssten bei hohem Andrang jedoch längere Fußwege von ihrem Parkplatz zum Bad in Kauf nehmen. Die Anwohnerinnen und Anwohner würden davon aber nicht über Gebühr gestört. Dies habe in der Vergangenheit gut funktioniert und werde von der Verwaltung regelmäßig überprüft.

Herr Lang: Anfrage zu seiner Anfrage nach den Abschlusszahlen der wichtigsten Einnahmearten der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Lang erläutert, er sei der grundsätzlichen Bitte des Bürgermeisters gefolgt, sich auf direktem Wege um Antworten auf seine Frage zu bemühen und habe sich bei der Verwaltung telefonisch nach den Abschlusszahlen der wichtigsten Einnahmearten der Stadt Bergisch Gladbach erkundigt. Er sei daraufhin mit einem Fachbereichsleiter verbunden worden, der ihn darauf verwiesen habe, dass dazu vorher durch ihn [Herrn Lang] selbst zunächst eine Genehmigung des zuständigen Dezernenten oder des Bürgermeisters eingeholt werden müsse.

Herr Lang fragt, ob der Bürgermeister die Meinung teile, dass ein Ratsmitglied für die Beantwortung jeder einfachen Fragen zunächst eine Genehmigung einholen müsse. Nach seiner Auffassung müsse dies, soweit notwendig, durch die Verwaltungsmitarbeiter selbst geschehen.

Herr Orth antwortet, Herr Lang dürfe natürlich jedem Verwaltungsmitarbeiter Fragen stellen. Ob er dann jedoch die Antworten erhalte, die er sich erwünsche oder erhoffe, sei eine andere Sache.

Dies hänge natürlich auch von der Frage ab; Fragen, die Herr Lang als „einfache Fragen“ bezeichne, seien aus Sicht des Bürgermeisters nicht immer auch tatsächlich „einfache Fragen“. Er bitte jedoch um Verständnis, dass Verwaltungsmitarbeiter in bestimmten Fällen eine gewisse begründete Vorsicht einhalten und vor einer Beantwortung von Fragen zunächst Genehmigungen einholen würden.

Herr Dr. Kassner: Anfrage zum Haushalt 2008

Herr Dr. Kassner fragt, ob und bis wann den Ratsmitgliedern zumindest die Hauptaussagen des Haushaltes 2008 zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Mumdey antwortet, die Verwaltung erstelle derzeit eine entsprechende Datei.

Herr Schütz: Anfrage zur Information über den Besuch von Schülergruppen

Herr Schütz erläutert, der Bürgermeister habe den Ratsmitgliedern vor einiger Zeit zugesagt, sie über Besuche von Schülergruppen zu informieren, damit sie bei Interesse am Empfang der Gruppen teilnehmen können.

Er habe in der Zeitung gelesen, am 21.04.2008 sei eine Schülergruppe aus Genf zu Besuch in der Stadt gewesen und vom Bürgermeister empfangen worden. Er selbst sei darüber jedoch nicht informiert worden und bitte den Bürgermeister, seine Zusage

einzuhalten; dazu reiche aus seiner Sicht bereits eine kurze E-Mail.

Herr Orth antwortet, die Vermutung, er habe den Ratsmitgliedern eine Information über alle Besuche von Schülergruppen zugesagt, sei falsch. Zum einen würden ihm nicht alle derartigen Aktivitäten angekündigt, zum anderen habe sich seine Zusage auf Schulkontakte aus Partnerstädten der Stadt Bergisch Gladbach beschränkt. Diese Zusage sei auch eingehalten worden.

Herr Orth fragt die Ratsmitglieder, ob außer seitens Herrn Schütz auch ihrerseits weiterhin Interesse an einer Information über Besuche von Schülergruppen aus Partnerstädten bestehe.

[Anmerkung der Schriftführung: Eine Meldung auf diese Frage erfolgt nicht.]

Herr Schütz: Anfrage zur bisher nicht erfolgten Beantwortung seiner Anfrage in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 21.02.2008

Herr Schütz erläutert, er habe die Verwaltung in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 21.02.2008 um Information über die Höhe der Betriebskosten, Investitionskosten und Abschreibungen bei den städtischen Sportstätten gebeten. Herr Schmickler und Herr Martmann hätten daraufhin geantwortet, „man hätte nicht sehr viel, aber was man hätte, werde man unkompliziert zur Verfügung stellen“. Er habe jedoch bis heute keinerlei Antwort bekommen und bitte daher nochmals um Beantwortung.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Kraus: Anfrage zu Tätigkeiten der islamischen Gemeinde bzw. des VIKZ e.V.

Herr Kraus fragt vor dem Hintergrund der Presseberichte über die Tätigkeiten der islamischen Gemeinde bzw. des VIKZ e.V., inwiefern die Stadt diesbezüglich mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Staatsschutz zusammenarbeite.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Dresbach: Anfrage zum Zustand des Fuß- und Radweges entlang des Lerbacher Weges

Herr Dresbach erläutert, der Fuß- und Radweg entlang des Lerbacher Weges (vom TÜV in Richtung Lerbach) sei in einem desolaten Zustand. Er fragt, ob die Verwaltung kurzfristig, eventuell auch mit eigenen Mitteln, Abhilfe schaffen könne.

Herr Orth antwortet, die Verwaltung werde dies überprüfen.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

|

<-@